IT-Dienstleistungen und Justizkommunikation

Zuständigkeit, Wettbewerb, Innovation, Perspektiven

Rehmo-Org-Symposium
Universität Passau, 15.11.2006

Richter am Amtsgericht
Dr. Wolfram Viefhues
OLG Düsseldorf / AG Oberhausen

Überblick

- Rahmenbedingungen
- Beispiel des Bundeslandes NRW
- Anforderungen des elektronischen Rechtsverkehrs
- Innovation / Perspektiven



Rahmenbedingungen (1)

- Justizzuständigkeiten = organisatorische Zersplitterung
  - 16 Bundesländer und der Bund (oberste Bundesgerichte)
  - Unterschiedliche Gerichtsbarkeiten
  - Verschiedene interne Kommunikationsstrukturen z.B.
    - Staatsanwaltschaften – Gerichte –Strafvollzug – Bewährungshilfe
    - Gericht – Vollstreckung (Gerichtsvollzieher)
  - Justizintern: Instanzenzug Gericht des Bundeslandes zum Bundesgericht

Rahmenbedingungen (2)

- Zahlreiche externe Kommunikationspartner
  - Rund 150.000 Anwälte, 9.000 Notare, Steuerberater
  - Verschiedenste Behörden (z.B. Polizei, Jugendamt)
  - Firmen und Normalbürger
- Unterschiedlichste Technik bei den Kommunikationspartnern
- IT-Einzelentwicklungen in den Bundesländern
  - Eigenentwicklungen der Justiz
  - Entwicklungen von Externen
  - Kompetenzprobleme (fachlich / technisch) in beiden Fällen
- Organisation oft vernachlässigt

Rahmenbedingungen (3)

- Koordination und Konzentration auf Seiten der Justiz
  - Bund-Länder-Kommission (BLK)
    - Austausch von Informationen
    - Abstimmung von Vorhaben
  - Entwicklungsverbünde mehrerer Bundesländer
    - Gemeinsame Projekte
    - Bündelung von Ressourcen / Einsparungen
    - Ausnutzung der Marktmacht
    - Aber: unterschiedliche Verbünde bei unterschiedlichen Projekten
  - Vereinheitlichung der Fachverfahren
    - Generelle Vereinheitlichung
    - Vereinheitlichung von Modulen (Standardisierung)

Rahmenbedingungen landesintern (4)

- **Richtlinienkompetenzen** der Innenminister für IT
- Verbindliche **technische Vorgaben** durch Landessystemkonzepte
- **unterschiedliche Gerichtsgrößen** auf der gleichen Ebene z.B.
  - *Amtsgericht Köln hat über 1.000 Mitarbeiter (145 Richter)*
  - *Amtsgericht Medebach hat 18 Mitarbeiter (1,5 Richter)*

Elektronischer Rechtsverkehr (ERV) - **Ziele**

- Elektronischer Rechtsverkehr bedeutet konkret
  - elektronische **Kommunikation**
  - elektronische **Aktenführung**
  - elektronische **Vorgangsbearbeitung**
  - elektronische **Archivierung**

Nutzen der elektronischen **Kommunikation**

- schnellerer Zugang zu den Gerichten
- schnellere Information der Verfahrens-beteiligten über Verfahrensstand
- Verminderung des Erfassungsaufwandes durch Datenübernahme
- Einsparung von Versandkosten

Nutzen der elektronischen **Aktenführung** und **Vorgangsbearbeitung**

- Reduzierung von Zuordnungs- und Suchaufwand
  - papierene Postbehandlung macht 18% der Arbeitsleistung in einer Serviceeinheit aus (JUDICA-Untersuchung in NRW)
- Aktivitäten jederzeit und überall möglich
  - Dezentraler Zugriff auf Akten
  - Mehrfacher gleichzeitiger Zugriff auf Akten
- Arbeitsvorgänge lassen sich parallelisieren
- Reduzierung von Aktenumläufen
  - Wegfall von Laufzeiten
  - Wegfall der Kosten des Botendienstes
- kürzere Bearbeitungszeiten durch direkte Verarbeitbarkeit der zugelieferten Daten

Nutzen der elektronischen Archivierung

- Wegfall von Lagerungskosten
- kein Aussonderungsaufwand mehr
- Aber: Fragen der langfristigen Archivierung
  - „Haltbarkeit“ elektronischer Dokumente
  - „Haltbarkeit“ der elektronischen Signatur

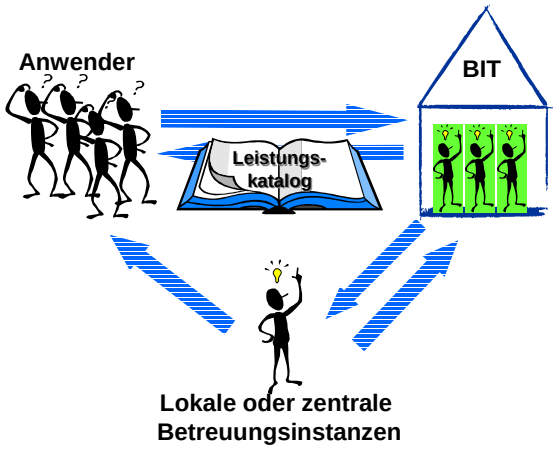
Aufgaben der Justiz beim ERV (1)

- Erforderliche **technische Strukturen** schaffen
  - Strukturen innerhalb des Landes am Beispiel NRW
  - bundesweite Strukturen

Zentrale Betriebseinrichtungen (NRW)

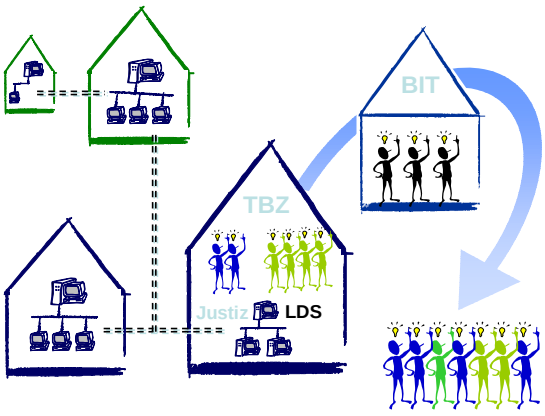


Beratungstelefon Informationstechnik (BIT)



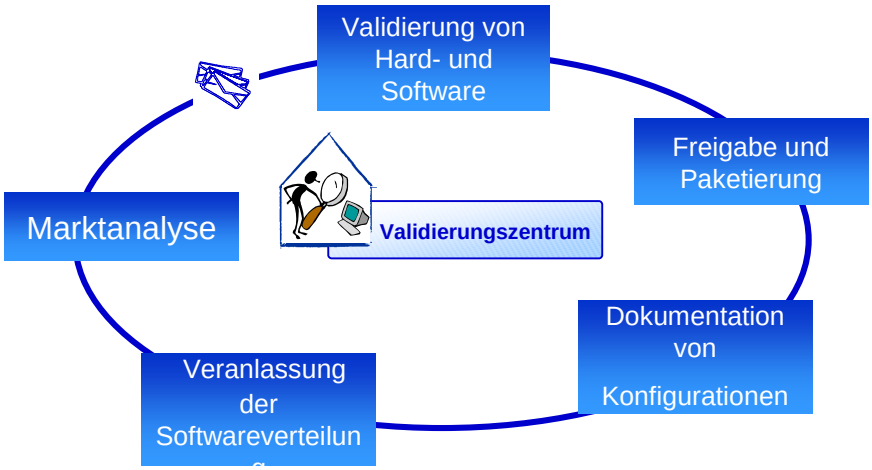
- Landesweite Hilfe für alle Anwender
- Definierte Leistungen und Servicezeiten
- Problemverfolgung bis zur Lösung
- Einbindung von Verbünden & Spezialisten
- Umfassende Problemlösungsdatenbank

Das Technische Betriebszentrum (TBZ) verbessert Betriebssicherheit und Verfügbarkeit



- Zentrale Überwachung und Administration
- Schnelle Fehlerbehebung aus der Ferne
- Fehlervermeidung durch Früherkennung
- Enge Zusammenarbeit mit BIT und Verbünden
- Telefonische Hilfestellung zur Problemlösung

Die Validierung aller Hard- und Softwarekomponenten minimiert Einführungsrisiken und Systemausfallgefahren



Betreuung in den Behörden

Landesweit möglichst einheitliche Verfügbarkeit der IT-Systeme durch ...



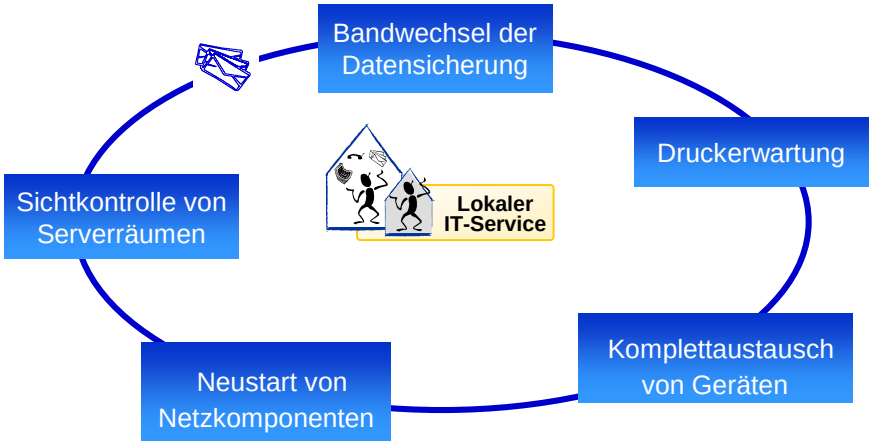
Betreuungsverbünde
zur IT-Fachbetreuung in Anwendernähe



Lokalen IT-Service
zur Vor-Ort-Routineunterstützung

Lokaler IT-Service

Der lokale IT-Service entlastet zentrale Einrichtungen und Verbünde bei einfachen IT-Aufgaben



Weitere Stellen

- ZIB = zentrale informationstechnische Beschaffungsstelle (beim OLG Köln)
- Verfahrenspflegestellen für jedes Fachverfahren
  - Pflege der Verfahren
  - Rechtliche Anpassungen
  - Fachliche Vorgaben für die Programmierung

EGVP
als Beispiel eines bundeseinheitlichen elektronischen Kommunikationsdienstes

- **EGVP** = elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach
- Elektronischer Rechtsverkehr zwischen
  - Anwälten und Gerichten
  - Behörden und Gerichten
  - Bürgern und Gerichten
  - Nicht: Anwälte und Anwälte („Anwaltsportal“)

EGVP-Entwicklung und Einsatz in NRW

Entwicklungspartner:

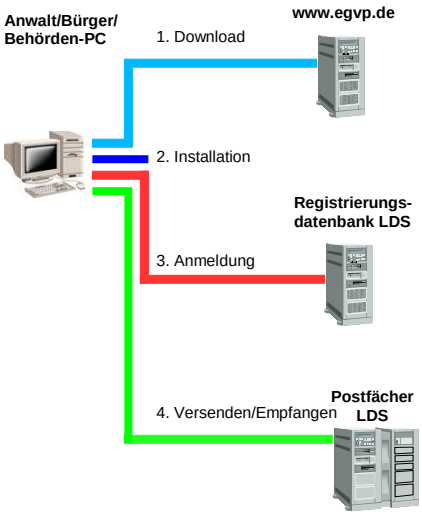
Gemeinsame Entwicklung vom

- Oberverwaltungsgericht Münster (OVG NRW)
- Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)
- Bundesfinanzhof (BFH).

Einsatz in NRW:

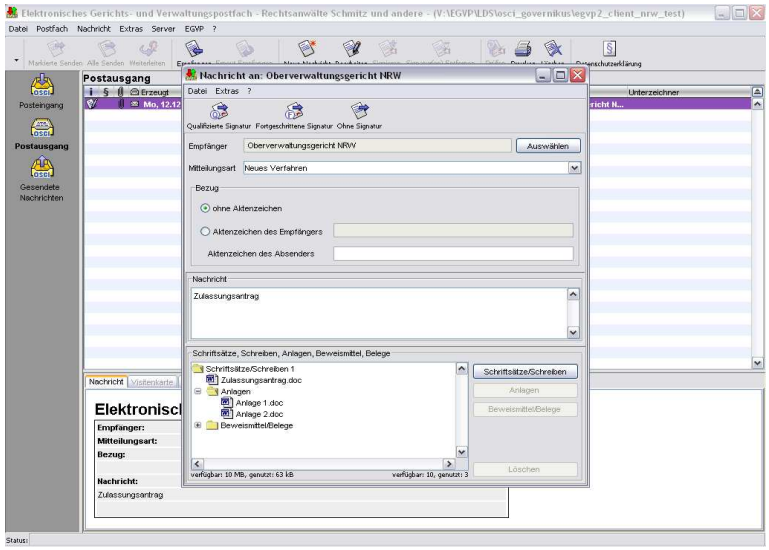
- seit 01.01.2006 beim
  - Oberverwaltungsgericht Münster und Verwaltungsgericht Minden
  - Finanzgerichten Düsseldorf, Köln und Münster
- bis 31.12.2006 bei 30 Amtsgerichten (Handelsregistergerichte)

Einrichtung des EGVP

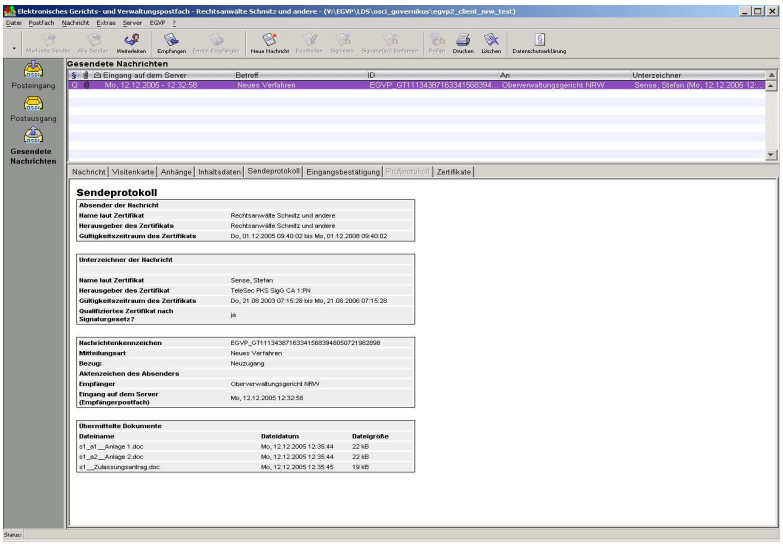


1. Download der Software nebst Dokumentation von der Seite www.egvp.de.
2. Installation der EGVP-Software auf dem PC (ca. 10-15 Min.)
3. Automatische Anmeldung an der Registrierungsdatenbank
4. Versenden und Empfangen

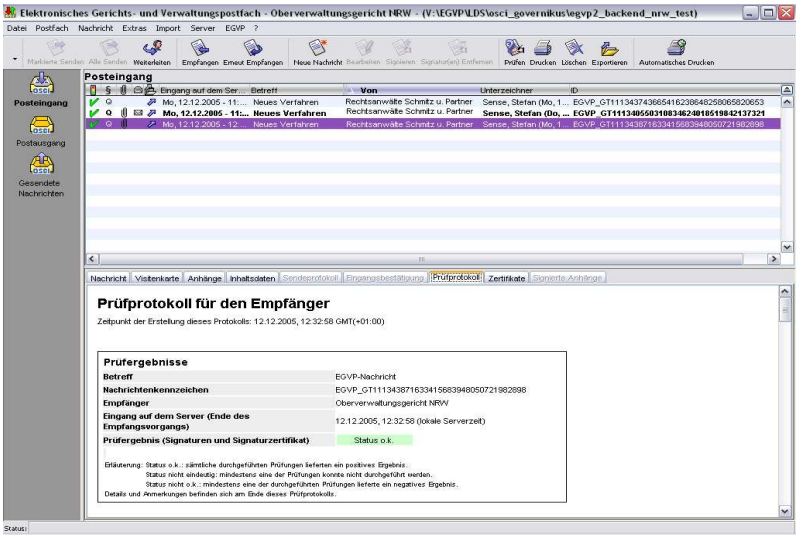
Beim Absender



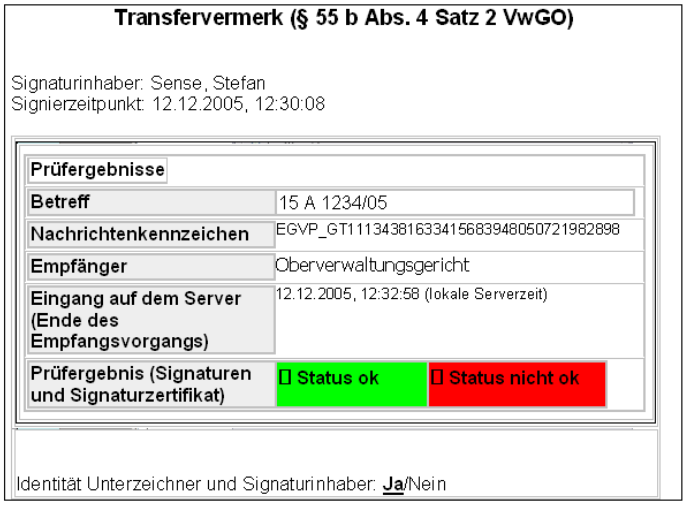
Sofortige Eingangsbestätigung



Eingang im Postfach des Gerichts



Transfervermerk



Transfervermerk (§ 55 b Abs. 4 Satz 2 VwGO)

Signaturinhaber: Sense, Stefan
Signierzeitpunkt: 12.12.2005, 12:30:08

Prüfergebnisse	
Betreff	15 A 1234/05
Nachrichtenkennzeichen	EGVP_GT1113438163341568394805072198289 8
Empfänger	Oberverwaltungsgericht
Eingang auf dem Server (Ende des Empfangsvorgangs)	12.12.2005, 12:32:58 (lokale Serverzeit)
Prüfergebnis (Signaturen und Signaturzertifikat)	☐ Status ok ☐ Status nicht ok

Identität Unterzeichner und Signaturinhaber: Ja/Nein

Aufgaben der Justiz beim ERV (2)

- **Verfahrensabläufe** in der Justiz **anpassen** an die technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung
  - umfassende justizinterne Reform der **Arbeitsabläufe**
  - mit Auswirkungen auf alle Beteiligten – also auch auf die „**Justiznutzer**“
  - Zwingend: Anpassung der **Verfahrensvorschriften**
    - Sinn und Zweck der verfahrensrechtlichen Regelungen herausarbeiten
    - Prüfung, ob diese Ziele noch zeitgemäß sind
    - wenn ja, Ziele mit modernen Mitteln erreichen
    - Weg von der Bürotechnik des 19. Jahrhunderts: *Siegel, Stempel, Unterschrift*
  - Standards und Schnittstellen ggf. gesetzlich definieren

Wettbewerb (1)

- Für Ausschreibungen und Beschaffungen gelten die allgemeinen Regeln
- Beschaffung / Vergabe nach VOL
- Aber:
  - begrenzte Zahl von Anbietern
  - Justiz ist anders als öffentliche Verwaltung
  - Speziell beim elektronischen Rechtsverkehr / elektr. Akte
  - schmerzhafte Erfahrung für viele Anbieter
  - gescheiterte Projekte / gescheiterte Anbieter bis hin
    - zur Zahlung für Rückgabe des Auftrags
    - vom Markt verschwundene Anbieter
  - de-facto Bindung für Pflege an den Ersteller eines Programms

Wettbewerb (2)

- Spannungsfeld
  - justizinterne Entwicklung
  - externe Entwicklung
- Praktische Erfahrungen:
  - erheblicher Aufwand bei Vergaben
  - zeitlicher Vorlauf durch z.T. EU-weite Ausschreibung
  - trotzdem keine Verbesserung auf Seiten des Auftraggebers
- „Umgehungsstrategien“
  - freihändige Vergabe
  - beschränkte Ausschreibung
  - Rahmenverträge
  - Beraterverträge
  - Vorrang für LDS in LHO

Wettbewerb (3)

Kostenlose Angebote

- xJustiz (Xml)-Daten :
  - Durch Anwaltssoftware
  - Durch Internet-Formular
  - Durch kostenlose Software
- Andere Verfahren
  - Elektronisches Mahnverfahren (mit Signatur)
  - Mahnverfahren (mit Barcode)
  - Betreuervergütung
- Wettbewerbswidrige Verdrängung oder rechtsstaatliche Pflicht

Innovation / Perspektiven

- früher: Deutschland - „Land der Ideen“
- heute: Deutschland - „Land der Bedenken“
  - grundsätzliche Zurückhaltung gegen Veränderung
  - Überbetonung des Sicherheitsgedankens bei Einsatz der IT
  - Kaum Bereitschaft zu ergebnisoffenen Experimenten
  - Neigung zu 150%-Lösungen

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit !